

Solidarität und unser fürbittendes Gebet. Dankbar würdigen wir den Einsatz der Polizei, des Verfassungsschutzes und der in den Strafverfolgungsbehörden wie in der Justiz und im Justizvollzug tätigen Männer und Frauen. Sie alle haben ein Anrecht auf Rückendeckung durch den Staat und das Volk.

In dieser Lage müssen alle Parteien und gesellschaftlichen Gruppen über vorhandene Meinungsverschiedenheiten hinweg zusammenwirken. Dabei sollten alle in der Verfassung und in unserer rechtsstaatlichen Ordnung gegebenen Möglichkeiten ausgeschöpft, dauernd beachtet und konsequent verwirklicht werden, bevor überhaupt Verfassungsänderungen in Betracht gezogen werden.

Nachdrücklich wenden wir uns an jene Menschen und Gruppen in unserer Bevölkerung, die durch ihre bisherige Unterstützung – in welcher Weise auch immer – das unmenschliche Werk des Terrorismus ermöglicht und das Ergreifen der Täter verhindert haben: geben Sie Ihre direkte oder indirekte Mitwirkung an Verbrechen auf. Begreifen Sie Ihre Mitverantwortung an dem furchtbaren Leid einzelner Menschen und ganzer Familien. Erkennen Sie endlich, daß gesellschaftliche Verhältnisse durch Haß, Brutalität und Mord nicht verbessert werden können. Kehren Sie um und verhindern Sie, daß Ihre Schuld noch größer wird.

Wir dürfen aber heute auch nicht der Frage ausweichen, wie es dazu kommen konnte, daß in den vergangenen Jahren in ständig wachsender Zahl und in zunehmender Bedenkenlosigkeit Anschläge auf Frieden und Freiheit, auf Menschenwürde und Menschenleben begangen worden sind. Wo sind Ursachen und Anfänge dieser Untaten, wer sind ihre geistigen Väter?

Ohne schon heute einer umfassenden Analyse vorgreifen zu wollen, dürfen und müssen wir einige Fragen stellen, deren Beantwortung nicht mehr länger aufgeschoben oder verschleiert werden darf.

– Allzu viele in unserer Gesellschaft vertreten die Ansicht, alles auf dieser Welt sei machbar und erreichbar. Die Begrenztheit des Menschen und die Wirklichkeit des Bösen wurden nicht mehr gesehen. Aus dem Glauben an das Machbare erwuchs gerade bei jungen Menschen die Unzufriedenheit über vorhandene Mängel, Ungerechtigkeiten und ungelöste Probleme. Diese wurden nur der bestehenden Ordnung angelastet.

– Hand in Hand damit ging vielfach geradezu eine zynische Herabsetzung der Grundwerte und Grundhaltungen eines menschwürdigen Lebens. Aus verschiedenen Richtungen und auf verschiedenen Ebenen wurden Ehe und Familie, das Lebensrecht des Ungeborenen und andere ethischen Normen angegriffen. Wurden so nicht Fundamente unterhöhlt, ohne die unsere Gesellschaft ihre Stabilität verliert? In den letzten Jahren haben wir mehrfach auf diese gefährliche Entwicklung hingewiesen.

– Von manchen Kathedern unserer Hochschulen und Universitäten werden seit Jahren Theorien der Verweigerung und der Gewalt gegen die fortgeschrittenen Industriegesellschaften gelehrt und empfohlen. Liegt der Gedanke fern, daß die Terroristen ihr ideologisches Rüstzeug hier erhielten und falsche und utopische Theorien in die Tat umsetzen wollen? Wir müssen auch fragen, ob nicht bestimmte Konflikt-Theorien, die in den Bildungsbe- reich Eingang gefunden haben, bei jungen Menschen eine geistige Verführung möglich machten?

– In Massenmedien und selbst im Unterricht gab und gibt es Versuche, unseren Staat, seine Verfassung, seine Gesetze und seine Vertreter herabzusetzen und lächerlich zu machen. Wir sprechen hier nicht vom guten Recht des Journalisten, Politikers und Bürgers, in aller Öffentlichkeit sachliche Kritik zu üben. Wir meinen die gezielte Beleidigung, Verunsicherung und die Verfälschung von Tatsachen. Nicht selten wurde der Begriff von Recht,

Ordnung und Institutionen zum Inbegriff des Reaktionären und Vorgestrigen abgestempelt.

– Die Darstellung von Gewaltverbrechen nimmt im Unterhaltungsteil von Zeitschriften und im Programm von Film und Fernsehen einen breiten Raum ein. Vermittelt das nicht auf die Dauer den Eindruck, daß Gewalt ein geeignetes Mittel zur Lösung von Konflikten im politischen Bereich ist?

– Uns selbst müssen wir die Frage stellen, ob wir rechtzeitig und ausreichend auf die geistigen Herausforderungen reagiert haben. Allzulange haben wir angenommen, es bestehe unveränderlich ein Konsens im Hinblick auf die Grundwerte. In die angeblich „heile“ und zur Selbsttäuschung neigende geistige Situation drangen gefährliche ideologische, ja nihilistische Strömungen ein.

– Nicht wenige unserer Mitbürger wissen keine Antwort mehr auf die Frage nach dem Sinn ihres Lebens. Wir Christen müssen uns fragen: Was haben wir getan oder unterlassen, durch Wort und Leben die Freude der Erlösung durch Jesus Christus und die Geborgenheit in Gott zu verkünden und damit anderen den Weg zu weisen?

Wir wiederholen unsere Bitte an alle Gemeinden, für die Opfer des Terrors und ihre Angehörigen zu beten. Wir wiederholen auch die Bitte, für die Täter und ihre Helfershelfer zu beten, daß sie ihr Unrecht erkennen und einen Weg zur Umkehr finden. Wir rufen alle Gläubigen auf, durch Gebet, Wort und Tat für die Erhaltung und den Ausbau einer menschenwürdigen Gesellschaft zu arbeiten. Die Kirche ist bereit, jedem, der sich um Überwindung des Terrors müht, ein guter Partner zu sein.

Erklärung des Rates der EKD

Die Evangelische Kirche in Deutschland bejaht den Staat, in dem wir leben. Die durch den Terror ausgelöste allgemeine Verunsicherung kann zu maßlosem Zorn oder zu tiefer Resignation führen. In dieser Situation bekennen wir uns zum fünften Satz der Barmer Theologischen Erklärung von 1934, in dem es heißt: „Die Schrift sagt uns, daß der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen. Die Kirche erkennt in Dank und Ehrfurcht gegen Gott die Wohltat dieser seiner Anordnung an. Sie erinnert an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten. Sie vertraut und gehorcht der Kraft des Wortes, durch das Gott alle Dinge trägt.“

Mord und erpresserische Gewalttätigkeit, die den Verlust von Menschenleben zynisch einkalkuliert, sind durch nichts, unter keinen Umständen und mit keiner wie auch immer gearteten Zielvorstellung zu rechtfertigen oder zu verharmlosen. Durch die jüngsten Terrorakte sind in der Person der Opfer Staat und Gesellschaft selbst betroffen. Wir alle sind darum verpflichtet, das uns Mögliche zur Aufklärung der Verbrechen beizutragen und einer weiteren Eskalation des Terrors entgegenzuwirken.

Nur ein starker Staat kann ein liberaler Staat sein. Stark aber ist der Staat in erster Linie durch die gemeinsamen Überzeugungen und Wertvorstellungen seiner Bürger. Die Verpflichtung auf die unserer gesellschaftlichen Ordnung vorgegebenen Werte bildet die Grundlage unserer politischen Existenz und ermöglicht den

weiten Raum der Freiheit, in dem Menschenrecht und Menschenwürde beheimatet sind. Diese Grundlage der Freiheit bestimmt aber auch deren strikt zu wahrende Grenze. Dem tragen Gesetzgebung und Polizeigewalt in unserem Land angemessen Rechnung.

Wir sind uns bewußt, daß die politische Führung unseres Staates angesichts der erpresserischen Geiselnahme vor einer äußerst schwierigen Entscheidung steht. Auf der einen Seite hat der Staat die Aufgabe, Leben zu schützen. Auf der anderen Seite ist zu fragen, ob die Erfüllung der Forderungen nicht zu weiteren Mordtaten führt. Auf diese Frage gibt es keine prinzipiell richtige oder falsche Antwort. Hier sind die Verantwortlichen vor letzte Gewissensentscheidungen gestellt. Wir versichern sie in dieser Situation unserer Bereitschaft, ihre Entscheidungen mit Vertrauen aufzunehmen, und rufen dazu auf, auch die Folgen gemeinsam zu tragen.

Bei vielen Bürgern ist heute das Verhältnis zu Staat und Gesellschaft gestört. Dies wird nur vordergründig durch Wohlstands- und Fortschrittsoptimismus verdeckt und verlangt nach einer geistigen und moralischen Orientierung, Begriffe wie Lebenssinn und Lebensstil sind von uns allen mit neuem Inhalt zu füllen. Persönliches Vorbild und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, werden auch der jungen Generation, die durch den Verlust verbindlicher Werte und Angst vor der Zukunft verunsichert ist, Halt und Hoffnung geben.

Das Aufkommen des Terrorismus in unserem Land weist auf Versäumnisse und Fehlentwicklungen hin, an denen alle Gruppen unserer Gesellschaft beteiligt sind. Auch die evangelische Kirche bekennt ihre Mithaftung am Geschehen dieser Wochen. Wir sind dem einseitig konfliktbetonten Verhalten in unserer

Mitte nicht deutlich genug entgegengetreten und haben Gebot und Verheißung Gottes nicht klar genug verkündigt. Der Glaube an Gottes neuschaffende Vergebung muß von uns allen in überzeugende Taten solidarischer Mitverantwortung umgesetzt und in einem weltweiten Eintreten für Recht und Würde des Menschen verwirklicht werden.

Die Antwort der Christen auf die Herausforderung durch den Terrorismus ist das Gebet und das Tun dessen, was recht ist. Wir rufen daher alle Glieder unserer Kirche auf, in der Fürbitte nicht nachzulassen. Sie gilt den Opfern der Gewalt und den in ihrem Leben Bedrohten, daß die Barmherzigkeit Gottes sie umfange. Sie gilt den Angehörigen der Ermordeten, daß sie Trost und neue Hoffnung finden. Unsere Fürbitte umfaßt auch die Politiker, Polizisten und Beamten unseres Staates, die schwerwiegende Entscheidungen zu fällen und auszuführen haben. Sie erstreckt sich aber auch auf alle, die in Haß und Fanatismus verblendet sind, daß Gottes Menschenfreundlichkeit ihre Menschenverachtung überwindet und sie aus der Verstrickung in das Böse befreit.

Die Evangelische Kirche in Deutschland weiß sich mit den Christen in aller Welt darin verbunden, Jesus Christus als Gott und Heiland aller Menschen zu bekennen. Sie ist insbesondere auch mit der europäischen Christenheit in der Gemeinschaft eines geschichtlichen Erbes vereinigt. In dieser Verbundenheit bitten wir die Mitchristen in aller Welt, um Gottes willen im Einsatz für Recht, Freiheit und Frieden zusammenzustehen. Die Erde darf nicht der Unbewohnbarkeit, die Menschheit nicht dem Chaos preisgegeben werden. Der christliche Glaube verbindet nüchterne Welt- und Lebensorientierung mit der zuversichtlichen Hoffnung auf das Kommen des Reiches Gottes und dem Mut, den jeweils notwendigen Schritt entschlossen zu tun.

Länderbericht

China ohne Mao Tse-tung

Eine Zwischenbilanz ein Jahr nach dem Tod des Großen Vorsitzenden

Ein Jahr nach Maos Tod richtet sich das Augenmerk seiner politischen Nachfolger bei wenigstens vorläufiger Beibehaltung des in dem letzten Jahr eingeschlagenen Kurses verstärkt auf die innenpolitische Konsolidierung des seit der Kulturrevolution teilweise aus den Fugen geratenen Systems. Eine gewisse Bereitschaft zur Liberalisierung bei gleichzeitiger Straffung der inneren Ordnung und eine Stärkung der Rolle des Militärs ist, das wurde auch beim letzten Parteikongreß erkennbar, für die gegenwärtige Entwicklung kennzeichnend. Hoffnungen, daß sich mit einem pragmatischen Wirtschaftskurs auch eine gewisse Liberalisierung im Verhalten gegenüber den Religionen verbinden könnte, scheinen sich indessen nicht zu erfüllen.

Als vor gut einem Jahr, am 9. September 1976, Mao Tse-tung starb, endete für die Volksrepublik China eine Epo-

che. Alle Beteuerungen, man werde das Erbe des großen Führers, Lehrers und Steuermanns hochhalten und bewahren, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß dessen Tod einen Einschnitt darstellt, dessen Auswirkungen allerdings auch nach einem Jahr noch nicht voll erfaßt werden können. Die personellen Veränderungen, politischen und sozialen Auseinandersetzungen, Naturkatastrophen und Ernüchterungen, die das Jahr 1976 brachte, waren zu groß, um spurlos an der politischen Führung und den Massen vorüberzugehen. Das vergangene Jahr ließ offenbar werden, was 27 Jahre Volksrepublik China bewirkt oder verändert, versäumt oder verdeckt haben. Nicht einmal in der Zeit der Kulturrevolution von 1966 bis 1969 konnte man wie im vergangenen Jahr so tiefe, wenn auch oft verwirrende Einblicke in das Innenleben des 800-Millionen-Volkes gewinnen, dessen politische Führung mit